

Telefon +41 (0)52 632 73 61
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

An die Medien

Medienmitteilung

Abstimmungsempfehlung Volksabstimmung über die «Milchkuh-Initiative»

Schaffhauser Regierung gegen «Milchkuh-Initiative»

Der Schaffhauser Regierungsrat lehnt die «Milchkuh»-Initiative, über welche am 5. Juni 2016 an der Urne abgestimmt wird, entschieden ab. Die finanziellen Auswirkungen für den Bund und die Kantone sind im Falle einer Annahme der Initiative nicht tragbar. Mit der Initiative werden Strasse und Schiene gegen einander ausgespielt, was verkehrspolitisch nicht sinnvoll ist und letztlich beiden nur schadet. Und mit dem neuen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF) steht eine ausgewogene Lösung quasi bereits parat.

Die Strassenbenützer bezahlen pro Jahr rund 9 Milliarden Franken an Mineralölsteuer, Abgaben und Gebühren. Davon fließen heute rund 1.5 Milliarden Franken in die allgemeine Staatskasse. Die Volksinitiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» (sog. «Milchkuh»-Initiative) verlangt, dass künftig sämtliche Abgaben aus dem Strassenverkehr vollumfänglich für die Infrastruktur des Strassenverkehrs sowie zur Förderung des kombinierten Verkehrs eingesetzt werden.

Die Überlegungen hinter der Initiative sind für den Schaffhauser Regierungsrat durchaus nachvollziehbar, würden diese doch zu mehr Kostenwahrheit beitragen. Die von den Initianten vorgeschlagene Lösung ist aber untauglich und geht zu weit. Der Regierungsrat lehnt die «Milchkuh»-Initiative deshalb entschieden ab.

Die finanziellen Auswirkungen für den Bund und die Kantone sind nicht tragbar

Sollte die «Milchkuh»-Initiative angenommen werden, müssten Bund und Kantone auf einen Schlag rund 1.5 Milliarden Franken einsparen. Treffen würden diese Einsparungen unter anderem die Bildung, die Landwirtschaft und den öffentlichen Verkehr. Der Staatshaushalt von Bund und Kantonen käme damit unnötigerweise aus dem Gleichgewicht. Die finanziellen Auswirkungen sind aus Sicht des Regierungsrates damit nicht tragbar. Umgekehrt würde eine Kasse gefüllt, die zumindest heute noch über genügend Mittel verfügt. Bund und Kantone könnten das Geld gar nicht so schnell verbauen, wie es nach einer Annahme der Initiative fließen würde.

Der private und öffentliche Verkehr sind keine Konkurrenten, sondern Partner

Strassenverkehr und öffentlicher Verkehr können nicht isoliert betrachtet werden; Verkehrspolitik ist keine Einbahnstrasse: Der Ausbau des Strassennetzes nützt auch dem Bahnpendler, der im Kampf um einen freien Sitzplatz weniger «Konkurrenten» erhält. Und jede Investition in eine

attraktive Bahn trägt dazu bei, dass der Autofahrer nicht mit noch mehr verstopften Strassen rechnen muss. Strasse und Schiene müssen verkehrspolitisch deshalb sinnvoll kombiniert und nicht gegen einander ausgespielt werden! Daneben spielt auch der Fuss- und Veloverkehr eine wichtige Rolle im Gesamtverkehrssystem. Auch diese Verkehrsinfrastrukturen werden von Autofahrern genutzt und müssen finanziert werden.

Der Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) ist die bessere Lösung

Das schlagendste Argument gegen die «Milchkuh»-Initiative ist aber der neue Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Dieser wird derzeit im Bundesparlament vorbereitet und nimmt viele Anliegen der «Milchkuh»-Initiative auf. Auch der NAF wird der Strasse zusätzliche Gelder beschere. Damit ist er das Pendant zum Fonds für die Bahninfrastruktur, welchem die Stimmberechtigten im Jahr 2014 zugestimmt haben. Wie die Bahnpassagiere damals sollen nun auch die Autofahrer etwas mehr aus ihrer Tasche beisteuern. Mit dem NAF werden gleich lange Spiesse zwischen Schiene und Strasse geschaffen. Der Regierungsrat setzt sich deshalb für die vom Ständerat bereits beschlossene Schaffung des NAF ein, umso mehr, als der NAF auch den Neuen Netzbeschluss beinhaltet. Darin ist unter anderem der Abtausch der Kantonsstrasse Herblingen-Thayngen mit der heutigen Nationalstrasse A4 nach Barga vorgesehen. Dieser Abtausch ist für den Kanton Schaffhausen von grosser Bedeutung. Der NAF enthält nicht wie die «Milchkuh»-Initiative lediglich die Beschaffung der Finanzmittel, sondern auch dessen Verwendung.

Der Regierungsrat warnt deshalb vor den finanziellen und politischen Folgen der «Milchkuh»-Initiative und lehnt sie - in Übereinstimmung mit dem Bundesrat und allen Kantonsregierungen - entschieden ab. Er ersucht die Stimmberechtigten, ihn in seiner Haltung zu unterstützen und ebenfalls ein «Nein» in die Urne zu legen.

Schaffhausen, 19. Mai 2016

Im Namen des Regierungsrates

Dr. Reto Dubach, Regierungspräsident